

Ausführungen zum Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2009 und zu den Anträgen der SPD-Fraktion im Waiblinger Gemeinderat

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Frau Priebe , sehr geehrter Herr Staab,

Kolleginnen und Kollegen, liebe Bürgerinnen und Bürger, meine Damen und Herren,

konnte ich bei meiner letztjährigen Haushaltsrede noch optimistisch auf ein kommendes Jahr großer Ereignisse und Projekte in unserer Stadt verweisen, so ist das für 2009 wohl kaum denkbar.

Wer möchte widersprechen, dass politisches Handeln in diesen Tagen mehr denn je von finanzwirtschaftlichen Faktoren bestimmt wird. Und wer genau hinschaut und noch genauer hinhört, muss leider feststellen, dass die meisten Aussagen und Prognosen eine immer kürzere Laufzeit haben.

Wer glaubte, dass uns die globale Finanzkrise an den Kapitalmärkten nur streifen würde, muss heute erkennen, dass er sich getäuscht hat. Es hat nichts mit Pessimismus zu tun, wenn man auch und gerade für unser kommunales Handeln von unwägbaren finanz- und wirtschaftspolitischen Belastungen ausgehen muss.

Durch die Rezession müssen wir uns auf niedrigere Steuereinnahmen in fast allen Bereichen einstellen. Ob die Gewerbesteuererinnahmen in der erwarteten Größenordnung eintreten, ist ungewiss. Auch die Einkommenssteueranteile können sich rasch nach unten verändern.

So werden bereits die vorgesehenen Steuerentlastungen zu niedrigeren Einnahmen bei den Kommunen führen. Nach Berechnungen des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung in der Hans-Böckler-Stiftung haben die Kommunen in diesem Jahr maximal 6,3 Milliarden Euro an zusätzlichen Investitionsmitteln zu erwarten. 2010 könnten es noch einmal 5,8 Milliarden sein. Doch was kommt bei den Kommunen letztlich tatsächlich an? Die in den Konjunkturpaketen vorgesehenen Steuersenkungen werden bei den Kommunen zu Steuermindereinnahmen von wenigsten 1,9 Mrd. Euro in 2009 und 2010 sogar von 3,4 Mrd. führen. Damit werden den Kommunen ca. 30 Mrd. der erwarteten Investitionsmittel gleich wieder entzogen, im kommenden Jahr wären es ca. 60 Prozent. Dieser Verlustanteil kann sich in Folge der höheren steuerlichen Abzugsfähigkeit von Beiträgen zur Kranken- und Pflegeversicherungen ab 2010 sogar auf fast 80 Prozent der zusätzlichen Investitionszuschüsse erhöhen. Was in die linke Tasche fließen wird, wird uns aus der rechten Tasche wieder geholt. Also erwarten wir uns nicht zuviel von den Konjunkturpaketen und stellen uns besser auf nicht ganz einfache Zeiten ein.

Im Zuge der Bankenkrise geht uns ja mittlerweile das Wort Milliarde leicht von den Lippen. Es ist z.B. Mode geworden, von einem „niedrigen zweistelligen Milliardenbetrag“ zu sprechen, wenn man verschleiern will, welche für den Normalbürger unvorstellbaren Summen in die Stützung oder Rettung von maroden Banken gesteckt werden. Was mit nur einem Bruchteil dieses Geldes an zukunfts-sichernden Investitionen möglich gewesen wäre, mag eine kurze

Reminiszenz zeigen: Mit ganzen 4 Milliarden hat die rot-grüne Regierung vor wenigen Jahren im Rahmen des IZBB-Programms einen beispiellosen Entwicklungssprung in Sachen Ganztagschule bewirkt – auch in Waiblingen!

Kommunale Investitionsprogramme waren und sind ein wesentlicher Motor volkswirtschaftlichen Wohlstands und Fortschritts. Doch sie müssen aktuell strengen Machbarkeitskriterien unterworfen werden. Die Frage, was die wesentlichen und wirklich notwendigen Aufgaben unserer Stadt sind, muss kommunales Handeln bestimmen.

Waiblingen kann auf das in den vergangenen Jahren Geleistete stolz sein – unsere Stadt hat sich im letzten Jahrzehnt positiv weiter entwickelt. Nun gilt es jedoch zunächst einmal, das Geschaffene zu unterhalten und zu erhalten und vielleicht noch etwas zu verbessern.

Ich möchte einen Satz aus der Haushaltsrede unseres Oberbürgermeisters herausgreifen und, wenn Sie erlauben, zum Leitmotiv unseres gemeinsamen kommunalen Handelns machen. Sie sagten: **„Der Mensch steht also im Fokus des kommunalen Handelns“**. Diesem Leitmotiv folgend, hat die SPD – Fraktion ihre Überlegungen und Anträge zum Haushalt 2009 entwickelt.

Lassen Sie mich dies an drei Handlungsfeldern beispielhaft aufzeigen.

1. Handlungsfeld ist Bildung, Betreuung und soziale Teilhabe

Wir freuen uns, dass langjährige Forderungen der SPD-Fraktion nun Allgemeingut geworden sind.

1. Es gibt inzwischen 270 Betreuungsplätze für 1-3-Jährige in Waiblingen.
2. Im Kindergartenbereich wurden Öffnungszeiten verlängert und auf den Bedarf abgestimmt.
3. In den Grundschulen werden Kernzeitenbetreuung, Hort und Ganztagsbetrieb angeboten.
4. Die weiterführenden Schulen sind z.T. bereits Ganztagschulen oder entwickeln derzeit bedarfsgerechte Lösungen
5. Die Sprachförderung im Vorschulbereich wurde eingeführt, der Kindergarten wird zunehmend als Bildungseinrichtung gesehen.

Ja, Waiblingen nimmt im Umland einen Spitzenplatz in diesen Bereichen ein. Darauf können wir alle stolz sein.

Natürlich wissen wir, dass das Land grundsätzlich für die Bildungspolitik zuständig ist. Hier brauchen wir nun wirklich keinen Nachhilfeunterricht. Die Arbeitsteilung, das Land legt die Rahmenbedingungen fest und die Kommunen dürfen dann die Suppe auslöffeln, wollen und können wir nicht länger hinnehmen. Was wir wollen, sind gleiche Bildungschancen für alle Kinder. Für uns gilt hier der Leitsatz: Kein Kind darf zurückgelassen werden.

Deshalb beantragen wir erneut,

dass das letzte Kindergartenjahr für die Eltern gebührenfrei wird, dass Kindern aus sozial schwächeren Familien ein kostenfreies warmes Mittagessen in allen Betreuungseinrichtungen und Schulen angeboten wird und sie bei der Einschulung mit einem sogenannten

„Ranzengeld“ über 100 Euro für den Einschulungsbedarf unterstützt werden.

Weiter wollen wir die Schulsozialarbeit zunächst einmal am Salierschulzentrum, dem größten Schulzentrum, verbessern und beantragen deshalb die entsprechende personelle Aufstockung.

Meine Damen und Herren, in der Bundesrepublik leben rund zwei Millionen Kinder unter 15 Jahren bzw. knapp 17 Prozent aller Kinder im entsprechenden Alter in sogenannten SGB II – Bedarfsgemeinschaften.

Die höchsten Gerichte unseres Landes müssen angerufen werden, um der Politik zu sagen, dass sie für die sozial Schwächeren in unserer Gesellschaft zu wenig Sorge trägt. Dies ist ein sozialer Skandal. Wir wollen, dass auch in unserer Stadt öffentlich darüber gesprochen wird, auch wenn die Verhältnisse hier noch nicht ganz so dramatisch sind. Deshalb schlagen wir eine Konferenz zum Thema „Kinderarmut“ zusammen mit allen sozialen und karitativen Einrichtungen vor. Armutrisiken verursachen in der Regel weitere Kosten für die Gesellschaft.

Ein großes Anliegen ist uns der weitere Ausbau der Sprachhilfe an unseren Kindergärten und Schulen. Hier liegt der Schlüssel für eine gelungene Integration. Wir sind bereit, weitere Programme in diesem Bereich zu unterstützen.

Es stört uns nicht, noch lassen wir uns auf dem Weg zu einer besseren Bildung und Betreuung und sozialer Teilhabe aller Kinder

irritieren, wenn uns vorgehalten wird, wir seien mit unseren Überlegungen zu früh dran. Belegt dies doch nur, dass wir uns auf dem richtigen Weg befinden. Deshalb werden wir auch das Thema „längeres gemeinsames Lernen nach Klasse 4“ in der Diskussion halten. Nur durch Druck von unten wird sich in der bildungspolitischen Landschaft etwas verändern lassen.

1. Handlungsfeld ist für uns die Weiterentwicklung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV)

Wir regen an, für Waiblingen ein „Waiblingen-Ticket“ spätestens mit dem neuen Fahrplan einzuführen. Die Gebühren- und Zonenstruktur des VVS ist für die Schaffung eines attraktiven öffentlichen Nahverkehrs in unserer Region untauglich. Wie wollen wir einer Bürgerin oder einem Bürger erklären, dass er mit dem Kurzstreckentarif nicht alle Ziele in unserer Stadt erreicht?

Ein attraktiver ÖPNV braucht auch die Vertaktung aller Buslinien, ihre Abstimmung auf die S-Bahn, überdachte Bushaltstellen, lesbare mit z.B. durch Solarenergie beleuchteten Fahrplänen und familien- und seniorengerechte Bussysteme.

Im inneren Bereich unserer Kernstadt muss das Ziel sein, einen umweltgerechten, kleinen und wendigen Bus als sogenannten Einkaufsbus verkehren zu lassen.

An allen zentralen Umsteigepunkten sollte ein Fahrgast- und Anschlussinformationssystem entwickelt werden, mit der

Perspektive, es Zug um Zug auf alle wichtigen Haltestellen auszubauen. So können die Anschlüsse besser aufeinander abgestimmt werden. Hat die S-Bahn z.B. zwei Minuten Verspätung, so kann der Busfahrer dies mit einem modernen Anschlussinformationssystem erkennen, den Anschluss abwarten und den umsteigenden Fahrgästen so längere Wartezeiten ersparen. Und noch ein letztes ÖPNV-Defizit, ja Ärgernis sei hier angesprochen. Wir fordern einen familien-, alten- und behinderten-gerechten Bahnhof. Es ist höchste Eisenbahn, dass wir hier für unsere Bürgerinnen und Bürger endlich Fortschritte erreichen.

1. Handlungsfeld ist die Unabhängigkeit von fossilen und atomaren Energieträgern

Herr Oberbürgermeister, mit großem Interesse haben wir Ihre Ausführungen zu diesem Thema in Ihrer Neujahrsansprache vernommen.

Wir sind dabei, wenn es gilt den Worten Taten folgen zu lassen und die Erzeugung regenerativer Energien in unserer Stadt auszubauen. In dieser Frage wird sich letztlich die Nachhaltigkeit politischen Handelns entscheiden. Es muss Schluss sein mit den nervenden Abwägungsüberlegungen, ob sich das, was ökologisch dringend notwendig ist, auch ökonomisch lohne. Dieser Nachweis ist längst erbracht. Wer glaubt, wir hätten noch Zeit zu warten, hat bereits

verloren. Er verspielt in entscheidendem Maß die Zukunft der uns folgenden Generationen, vielleicht auch schon die der eigenen. Längst zeigt sich, dass die räuberische Ausbeutung fossiler Brennstoffe zu Kriegen, Terrorismus und sozialen innergesellschaftlichen Verwerfungen führt. Die Folgeprobleme fossiler und atomarer Energiegewinnung sind größer als uns öffentlich gesagt wird. Wer sich ernsthaft mit diesen Themen auseinandersetzt, weiß dies.

Wir stehen für den massiven Ausbau regenerativer Energien, gewonnen aus Photovoltaik, Solarthermie, aus Biogasanlagen, Hackschnitzelanlagen, BHKWs, aus Geothermie und Windenergie. Letzteres natürlich nicht auf dem Schmidener Feld, aber durch Beteiligungen unserer Stadtwerke an zukunftsorientierten Projekten.

Wir begrüßen Ihre Ausführungen zu diesem Thema ausdrücklich, Herr Oberbürgermeister. Zusammen mit der ALI-Fraktion und anderen Mitgliedern haben wir dafür bereits heute eine gestaltende Mehrheit. Die Zögernden werden wir gemeinsam durch ein überzeugendes Konzept auch noch dafür gewinnen können. Da bin ich mir ganz sicher.

Es stimmt natürlich, dass man sich über eine Biogasanlage in unverbrauchter Naturlandschaft kurz aufregen kann. Die Belastungen von Luft und Natur durch Großkraftwerke sind mittlerweile jedoch so groß, dass wir an einem Scheideweg angekommen sind.

Der Aufbruch zu neuen regenerativen Energieträgern wird auch zu einem Aufbruch unserer Bürgergesellschaft führen. Ein solcher Aufbruch wird Energien im sozialen, kulturellen und politischen Engagement in allen Generationen freisetzen. Hier können wir die nachfolgenden Generationen für lohnendes Engagement gewinnen, weil sie rasch ihre Zukunftschancen erkennen werden. Junge Menschen brauchen Ziele, für die es sich lohnt, sich einzusetzen. Ein solcher Aufbruch kann überall auf der Welt zum Frieden und zum sozialen Ausgleich der Kulturen beitragen.

Ja, es wird viel Kraft und Kapitaleinsatz kosten, sich von der Strangulierung fossiler und atomarer Energieträger frei zu machen. Wo aber sonst, als auf der untersten Ebene unseres Staates, also in unserer Stadt, können wir damit beginnen.

Mit unserem Antrag, die Eigenkapitalseite unserer Stadtwerke zu stärken, wollen wir einen weiteren Schritt auf diesem Weg machen. Wer sagt, zu früh, jetzt nicht, wird die Verantwortung für das Scheitern unserer gemeinsamen Zukunft tragen müssen.

Meine Damen und Herren, manche von Ihnen werden nachher sagen, dass die SPD nicht zu allen Themen etwas gesagt hat. Stimmt. Doch eine Haushaltsrede ist nicht der Ort für ein Angebot aus dem Bauchladen. Wir wollen unsere Schwerpunkte benennen. Auch müssen wir nicht in der begrenzten Zeit wiederholen, dass wir in manchen Verkehrsprojekten eine andere, teilweise durch teure

Gutachten mittlerweile bestätigte Meinung haben. Und schließlich bleibt uns ja noch ein bisschen Kommunalwahlkampf um deutlicher zu machen, was wir so alles denken und machen wollen.

Wir dürfen uns auch nicht im Kleinkram des kommunalen Alltags verlieren, sondern müssen Ziele benennen, die es kurz-, mittel- und langfristig zu erreichen gilt. Drei dieser Ziele habe ich schwerpunktmäßig dargestellt. Ich meine, dass es Handlungsfelder sind, wo wir die **„Menschen in den Fokus kommunalen Handelns“**, um noch einmal Ihr Wort, Herr Oberbürgermeister, aufzugreifen, rücken können, wo wir auch unsere Bürgerinnen und Bürger zum Mitmachen gewinnen können und wo es sich lohnt, für gemeinsames Handeln zu streiten. Die Voraussetzung dafür ist, dass die Bürgerinnen und Bürger Lust auf Politik in unserer Stadt bekommen. Durch verschiedene Gremien wie den Jugendgemeinderat, den Stadtseniorenrat oder den Frauenrat können sich unterschiedliche Bevölkerungsgruppen an der Kommunalpolitik beteiligen. In Bürgerforen, Zukunftswerkstätten und Agenda-Gruppen kann jeder an der Entwicklung einzelner Themen mitmachen. Der Prozess des Stadtentwicklungsplans, der Ortschaftsentwicklungspläne, die Beteiligung am Postplatz oder an der Gestaltung der Neustädter Straße, BIG-Süd oder Bürgeraktion Korber Höhe, um nur einige Beispiele zu nennen, sind Wege, die wir weiter gehen wollen.

Wir laden die Bürgerinnen und Bürger in unserer Stadt zum aktiven Miteinander ein. Die Kommunalwahlen geben die Chance auch zum

Kandidieren und auf jeden Fall zur kritischen Diskussion. Sich am Wählen zu beteiligen, ist erste Bürgerpflicht.

Ich bedanke mich bei der Verwaltung für die intensive und gewissenhafte Vorbereitung der Haushaltsplanung, für die freundliche und kooperative Zusammenarbeit und wir bieten unseren Einsatz für eine nachhaltige Kommunalpolitik in unserer Stadt im Rahmen einer durchaus kritischen aber immer demokratischen Streitkultur an.

Bei Ihnen allen möchte ich mich bedanken, dass Sie mir mit Geduld zugehört haben.

Waiblingen, 12. Februar 2009

Klaus Riedel, Fraktionsvorsitzender